

Information der betroffenen Personen (Lieferanten) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO) Beschaffung und Einkauf

Verantwortlicher:

Wohnungsbaugesellschaft Reinsdorf mbH, Lößnitzer Str. 6, 08141 Reinsdorf

0375-390100, post@wbg-reinsdorf.de, <https://www.wbg-reinsdorf.de/>

Gesetzlicher Vertreter:

Geschäftsführerin

Datenschutzbeauftragter:

vdw Sachsen e.V., Tel: +493514917722, E-Mail: datenschutz@vdw-sachsen.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Wir verarbeiten personenbezogene Daten (insbesondere von Mitarbeitern unserer Lieferanten u.dgl.) zur Organisation und Durchführung von Einkauf und Beschaffung.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist zur Wahrung des berechtigten Interesses des Verantwortlichen oder eines Dritten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO erforderlich (Wahrung der geschäftlichen Interessen des Unternehmens).

Die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags oder einer vorvertraglichen Maßnahme gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO erforderlich.

Kategorien von Empfängern:

Intern (Mitarbeiter mit Einkaufsberechtigung in den verschiedenen Fachbereichen, Geschäftsleitung)

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Löschung nach 10 Jahren. Aufbewahrungsfrist gem. § 147 AO für steuerlich relevante Unterlagen.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) gegenüber dem Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO) und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten über die betroffene Person ist teilweise gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Keine Durchführung von Einkauf und Beschaffung möglich.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.